

Fraktion **direkt**

54 | 26. Februar 2016

Zur Lage

EU-Gipfel weist in die richtige Richtung Nationale Alleingänge schaden Europa

Der jüngste Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs hat klare Signale gesendet. Alle 28 Mitgliedstaaten haben sich darauf verständigt, den Schutz der EU-Außengrenzen massiv zu verbessern. Das ist genau das, was die Kanzlerin auf dem Gipfel vor allem erreichen wollte. Europa bleibt in dieser Zielsetzung also beisammen.

Besonders wichtig ist: Es geschieht beim Schutz der EU-Außengrenze mittlerweile tatsächlich sehr viel. Die NATO beteiligt sich nun an dieser Aufgabe. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex wird verstärkt. Deutsche Beamte werden sich, wie uns der Innenminister berichtet hat, in die Bekämpfung der Schleuserkriminalität vor der türkischen Küste einschalten.

Bemerkenswert ist auch, dass alle EU-Staats- und Regierungschefs Anfang März mit dem türkischen Ministerpräsidenten über die Umsetzung des EU-Türkei-Aktionsplans sprechen werden. Wir kennen das Prozedere: Europa ist zwar langsam. Aber Europa bewegt sich am Ende doch. In diesem Fall dürfte vielen nun endlich der Ernst der Lage bewusst geworden sein. Fazit: Die Kanzlerin kommt voran. Aber viele EU-Staaten machen es ihr auch extrem schwer.

„EU hat bei Großbritannien Handlungsfähigkeit gezeigt“

Dass die EU schwierige Entscheidungen treffen kann, hat sie in einer anderen Frage gezeigt. Es ist gut, dass nun ein Kompromiss zu den britischen Forderungen erreicht wurde, der die Chancen verbessert, das Land in der EU zu halten. Dieses Zeichen von Handlungsfähigkeit gibt Hoffnung für die weitere Behandlung der Flüchtlingskrise in den nächsten Wochen.

Ich erwarte auch, dass in Österreich das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, obwohl das Land kurz vor dem Gipfel



Foto: Laurence Chaiperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

einen Alleingang in der Flüchtlingspolitik gestartet hat. Wenn jedes Land auf eigene Faust handelt, wird Europa schweren Schaden nehmen. Wir haben in dieser Woche bereits gesehen, was sich an anderen Grenzen wie der zwischen Griechenland und Mazedonien abspielt. Man kann an Griechenland viel kritisieren, aber alleine lassen darf man ein EU-Mitglied in einer solch zentralen Frage nicht.

Und eines muss auch stets wieder gesagt werden: Es geht hier um Menschen. Bei allen Maßnahmen muss gefragt werden, ob sie der christlich-abendländischen Kultur Europas entsprechen. Eine Besinnung darauf täte natürlich zu allererst denen gut, die in Deutschland johlen, wenn ein Flüchtlingsheim brennt.

Volker Kauder

EU-Gipfel weist in die richtige Richtung	1
Deutschland ist gut aufgestellt	2
Schutz und Hilfe nur für die wirklich Verfolgten	3
Türkei ist der Schlüssel zur Lösung des Problems	4
Großbritanniens Austritt wäre ein massiver Verlust	5
Übergriffe gegen Asylbewerber scharf verurteilt	6
„Wir brauchen einen Cyber-Schutzschirm“	7
Landwirtschaft und Naturschutz im Miteinander	8
Letzte Seite	9

Deutschland ist gut aufgestellt

Finanzen solide – Länder müssen verantwortungsvoll haushalten



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundeshaushalt kommt 2016 ohne neue Schulden aus und kann wegen des guten Haushaltsabschlusses 2015 inzwischen auf eine Rücklage von 12,1 Milliarden Euro blicken. Davon sind bereits 6,1 Milliarden Euro im Haushalt 2016 eingeplant. Doch nicht nur der Bund hat Rekordsteuereinnahmen, sondern auch die Länder und Kommunen. Der Haushaltsüberschuss der Kommunen lag 2015 bei 3,9 Milliarden Euro, bei den Ländern immerhin auch bei 0,4 Milliarden Euro. Trotz dieser allgemein guten Finanzsituation unterstützt der Bund Kommunen und Länder in vielfältiger Weise und in erheblichem Maße. Allein in diesem Jahr summieren sich die Entlastungen auf über 20 Milliarden Euro. Zwischen 2010 und 2019 wird der Bund insgesamt 150 Milliarden Euro an Länder und Kommunen überwiesen haben.

Aufgrund der hohen Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern, die allein im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen sind, stehen die Länder und Kommunen vor neuen finanziellen Herausforderungen. Der Bund hat das frühzeitig erkannt und beteiligt sich deshalb mit Beginn dieses Jahres strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Asyl- und Flüchtlingskosten. Wichtige Maßnahmen zur Entlastung haben

wir mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht. Für 2016 sind im Haushalt dafür 3,637 Milliarden Euro vorgesehen. Darin sind 2,68 Milliarden Euro für die Erstaufnahme der Flüchtlinge in den Ländern enthalten. Unabhängig von den Transferleistungen, die sich aus den aktuellen politischen Entwicklungen ergeben haben, übernimmt der Bund zahlreiche weitere Verpflichtungen. Allein im Koalitionsvertrag wurden den Ländern für die Jahre

von 2015 bis 2017 Zahlungen von insgesamt 4,5 Milliarden Euro zugesichert. Dazu kommen Mittel für soziale Leistungen, für Bildung und Familie, sogenannte Entflechtungsmittel und Regionalisierungsmittel.

Den Bund nicht überstrapazieren

Alle Maßnahmen sind in der Einzelbetrachtung gerechtfertigt und sind politisch entschieden worden. Dennoch sollte der Bund nicht überstrapaziert werden. Der Bundesrechnungshof hat inzwischen vor einer Überlastung des Bundeshaushalts durch die umfangreiche Unterstützung für Länder und Kommunen gewarnt. Umso erstaunlicher ist es, dass bei eigener positiver Haushaltslage auf allen föderalen Ebenen in Deutschland und bei gleichzeitiger umfassender Unterstützung durch den Bund trotzdem immer wieder Ländervertreter neue finanzielle Forderungen an den Bund richten. Die aktuellen Zahlen zum Haushaltsüberschuss waren kaum verkündet, da forderte Nordrhein-Westfalen weitere Gelder vom Bund. Das ist vor dem Hintergrund der geschilderten Finanzlage wenig verständlich. Es wäre schön, wenn gerade rot-grüne Landesregierungen ihrer eigenen Verantwortung für solides Haushalten zunächst einmal nachkämen, bevor der nächste Hilferuf wieder nach Berlin geschickt wird.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Schutz und Hilfe nur für die wirklich Verfolgten

Bundestag verabschiedet Asylpaket II

Der Bundestag hat am Donnerstag mit großer Mehrheit das Asylpaket II beschlossen. Das Paket sieht unter anderem schnellere Verfahren, gesonderte Registrierzentren für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive und die Aussetzung des Familiennachzuges für Menschen mit eingeschränktem Schutzstatus vor. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder, sagte in der Debatte, die Maßnahmen dienten dazu, den Zustrom an Flüchtlingen dauerhaft und spürbar zu reduzieren. Damit werde auch sichergestellt, dass die Gesellschaft aufnahmefähig bleibe.

Schröder sagte, von dem Paket gehe das Signal aus, dass es Schutz und Hil-

fen sage Schröder: „Für ausländische Straftäter gibt es keine Zukunft in Deutschland.“ Sie werde man künftig schneller ausweisen. Ein entsprechendes Gesetz verabschiedete der Bundestag ebenfalls am Donnerstag. Schröder betonte auch, dass in Deutschland gelebte Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz nicht angetastet würden.

Ausweitung sicherer Herkunftsländer gefordert

Das Asylpaket II sieht die Schaffung von speziellen Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive vor – etwa Menschen aus sicheren

benämigte sie. Das Gesetz über die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer muss den Bundesrat passieren und ist damit auf die Zustimmung der von Grünen mitregierten Länder angewiesen.

Im Asylverfahren ist künftig zwingend erforderlich, dass der Antragsteller an der Feststellung seiner Identität mitwirkt. Schröder sagte, es sei nicht zu viel verlangt, dass jemand, der Asyl beantrage, seinen Namen nenne und wahrheitsgemäß sage, woher er komme. Wer diese Mitwirkung verweigere, müsse Deutschland wieder verlassen. Darüber hinaus werden Abschiebehindernisse beseitigt, indem etwa medizinische Atteste bestimmten Kriterien entsprechen müssen.

Familiennachzug beschränkt

Teil des Asylpakets II ist auch die zwei Jahre lange Aussetzung des Familiennachzuges für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus, die also kein Asyl erhalten und auch nicht der Genfer Flüchtlingskonvention unterliegen. Schröder sagte: „Die Koalition hat sich diese Entscheidung wahrlich nicht einfach gemacht.“ Aber auch unter moralischen Gesichtspunkten gebe es keine Pflicht, den Staat und seine Bürger mit humanitärer Hilfe zu überfordern. Das Gesetz sieht vor, dass unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen der Nachzug von Eltern in humanitären Härtefällen gestattet wird.



Foto: picture alliance / dpa

Flüchtlinge warten in einer hessischen Erstaufnahmeeinrichtung auf ihre Registrierung

fe nur noch für die geben könne, die dies auch wirklich brauchten. Alle anderen würden schneller und entschiedener zurückgeführt. Die CDU-Innenpolitikerin Nina Warken erklärte, „schwierige Zeiten erfordern unterschiedene Maßnahmen, die zeigen, dass der Gesetzgeber handlungsfähig ist“. Die Maßnahmen seien zum Teil hart, gleichzeitig aber fair und ausgewogen.

Unter Verweis auf die zahlreichen Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städ-

Herkunftsändern wie den Westbalkanländern. Sie sollen künftig ein Schnellverfahren durchlaufen.

Die Einstufung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsländer, auf die sich das Kabinett bereits geeinigt hat, wurde im Bundestag jedoch noch nicht behandelt. Nina Warken kritisierte dies scharf und machte vor allem die Grünen, aber auch den Koalitionspartner SPD dafür verantwortlich. „Diese Verzögerungstaktik von Grün und Rot belastet unsere Städte und Kommunen“,

Ein kompaktes Faktenblatt zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der Koalition sowie einen ausführlichen Fragen- und Antwortenkatalog finden Sie auf unserer Website unter:



Türkei ist der Schlüssel zur Lösung des Problems

EU-Staaten holen Treffen mit türkischem Premier Anfang März nach

Europas Mühlen mahlen langsam. Doch in der Flüchtlingskrise drängt die Zeit. Die EU-Staaten sind sich einig, dass sie ihre Außengrenzen besser schützen, das Schlepperwesen bekämpfen und Fluchtursachen beseitigen wollen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Türkei. Bei einem Sondergipfel der Europäischen Union mit der Türkei Anfang März soll ein gemeinsamer Aktionsplan in die Tat umgesetzt werden. CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder sieht darin den richtigen Weg: „Wir müssen mit der Türkei zusammenarbeiten, weil dort ein Schlüssel für die Lösung des Problems liegt.“

Eigentlich wollten die EU-Staaten bereits beim Gipfel in der vergangenen Woche zu einer Vereinbarung mit der Türkei kommen. Doch der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu sagte wegen des verheerenden Anschlags in Ankara seine Teilnahme kurzfristig ab. Nun soll das Treffen am 7. März stattfinden. Bereits vergangenen Donnerstag sprachen sich die EU-Staats- und Regierungschefs für Vereinbarungen mit der Türkei aus, um die illegale Migration nach Europa einzudämmen. Diesem Zweck dient auch eine NATO-Mission, die bald ihre Arbeit aufnimmt. Unter deutscher Führung kontrolliert ein Marinerverband nun das Seegebiet zwischen Griechenland und der Türkei. Die Schiffe können auch Flüchtlinge aufgreifen und in die Türkei zurückbringen. Auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex weitet ihre Kontrollen aus. Sie wird außerdem bis Mitte des Jahres ausgebaut und erhält mehr Befugnisse.

„Schicksalsjahr für Europa“

Kauder forderte die EU auf, Einigkeit zu zeigen. „Wir kennen das doch. Europa ist langsam. Aber Europa bewegt sich am Ende doch, weil vielen nun endlich der Ernst der Lage bewusst geworden ist.“ Die Flüchtlingskrise zu be-

wältigen und Schaden von Europa abzuwenden, sei eine Herkulesaufgabe. Bereits mehrfach hat Kauder davon gesprochen, dass das Jahr 2016 ein Schicksalsjahr für Europa sei. In diesem Jahr werde sich zeigen, ob die EU den großen Herausforderungen, vor denen sie stehe, gewachsen sei. Dass Europa handlungsfähig sei, habe es bei den Verhandlungen mit dem Mitgliedsland Großbritannien über dessen Forderungen nach Reformen unter Beweis gestellt.

Die Türkei werde für ihre Unterstützung einen Preis verlangen, räumte Kauder ein. Da gehe es zum einen um die drei Milliarden Euro, die die EU dafür zahlen werde, dass Ankara die Lebensperspektiven der syrischen Flüchtlinge in den türkischen Auffanglagern verbessere. Zum anderen gehe es um Visaerleichterungen für türkische Bürger. Die Türkei ihrerseits hat an eini-



Bundeskanzlerin Angela Merkel beim EU-Gipfel vergangene Woche in Brüssel

Foto: picture alliance / abaca

gen Stellen bereits geliefert. So räumt sie syrischen Flüchtlingen die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme ein. Für Syrer, die über Drittstaaten einreisen, sowie für Algerier, Iraker, Iraner und Afghanen hat sie die Visumpflicht eingeführt. Es lohne sich auf diesem Weg weiterzumachen, betonte die Kanzlerin.

Kindergeld für EU-Ausländer

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem Gipfel in der vergangenen Woche auf eine Reihe von Reformen geeinigt, die in Kraft treten sollen, falls die Briten im Juni bei ihrem Referendum über den Verbleib ihres Landes in der EU mit Ja stimmen. Dazu gehören eine „Notbremse“ für Sozialleistungen, ein Einspruchsmechanismus für nationale Parlamente gegen europäische Projekte und die Anpassung des Kindergeldes für EU-Ausländer, deren Kinder nicht im selben Land wie ihre Eltern wohnen. Bundeskanzlerin Angela Merkel zieht in Erwägung, die Kindergeldregelung auch in Deutschland einzuführen, wie sie noch in Brüssel ankündigte.

Die geplante Neuregelung besagt, dass EU-Staaten künftig nicht mehr verpflichtet sind, für Kinder von EU-Ausländern den in ihrem Land gültigen Kindergeldsatz zu zahlen, wenn diese Kinder in einem anderen Land, etwa dem Herkunftsland der Eltern, leben. Der Satz würde dann an die Lebenshaltungskosten in dem Land angepasst, in dem die Kinder leben. Dies soll für alle gelten, die neu als Arbeitnehmer in ein anderes EU-Land ziehen. Nach einer Übergangsphase bis 2020 würde diese Regelung auch auf die Arbeitnehmer ausgedehnt, die sich bereits in einem anderen EU-Land befinden und dort Kindergeld beziehen. Für den Fall, dass die Briten im Juni für einen Austritt ihres Landes aus der EU stimmen, würden die vereinbarten Reformen hinfällig. Aus der Bundesregierung verlautete aber bereits, dass Teile des Pakets durchaus von den verbleibenden EU-Mitgliedern wieder aufgegriffen werden könnten. Der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marcus Weinberg, nannte eine solche Regelung „nicht nur angemessen, sondern auch gerecht“. Damit würden Fehlanreize für EU-Bürger reduziert, den Lebensmittelpunkt wegen der Höhe der Sozialleistungen in einen anderen Mitgliedstaat zu verlegen.

Großbritanniens Austritt wäre ein massiver Verlust

Michael Stübgen über die beim Gipfel ausgehandelten EU-Reformen und das britische Referendum



Foto: Dietmar Seidel

Michael Stübgen
Europapolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der britische Premierminister David Cameron hat sich auf dem Brüsseler Gipfel in der vergangenen Woche mit seinen EU-Partnern auf Reformen der Europäischen Union geeinigt. Damit sieht Cameron die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass er seinen Landsleuten beim Referendum im Juni über einen Verbleib Großbritanniens in der EU ein Ja empfehlen kann. Über den Brüsseler „Deal“ sprach „Fraktion direkt“ mit dem europapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Stübgen.

Herr Stübgen, trotz der Zugeständnisse der anderen EU-Mitglieder an Cameron ist der Ausgang des Referendums nach wie vor ungewiss. Warum ist es wichtig, dass Großbritannien in der EU bleibt?

Stübgen: Für die EU wäre der Verlust seiner zweitgrößten Volkswirtschaft und eines sicherheits- und außenpolitischen Schwergewichts ein massiver Rückschlag und durch nichts zu ersetzen. Für Deutschland ist Großbritannien in der EU ein enger und zuverlässiger Verbündeter auf zentralen Politikfeldern – etwa in Fragen des Binnenmarkts, des Freihandels

und des EU-Haushalts. Der liberale weltoffene Geist der Briten und seine ordnungspolitische Klarheit würden in Europa fehlen.

Die EU ist Cameron weit entgegengekommen. Was springt für die anderen EU-Mitglieder bei dem „Deal“ heraus?

Stübgen: Es ist das Verdienst des britischen Premierministers Cameron, dass er mit seinen Reformvorschlägen vom November 2015 eine Diskussion zu grundlegenden Fragen auf höchster Ebene der EU angestoßen hat. Für die EU wurde das höchste Zeit. Das Verhältnis zwischen Euro- und Nicht-Euro-Staaten, das demokratische Defizit, die verbesserungswürdige Wettbewerbsfähigkeit und die sozialen Fehlanreize aufgrund der unterschiedlichen Sozialniveaus in der EU sind ja keine britischen Erfindungen, sondern reale Probleme, die einer Antwort bedürfen. Hieran muss weiter gearbeitet werden, auch ganz unabhängig von der Brexit-Debatte. Sonst würde das europäische Projekt in Gefahr geraten.

Greifen wir die vereinbarte „Notbremse“ für Sozialleistungen heraus. Warum gilt die nur für Großbritannien, wenn auch andere Staaten unter einem Missbrauch der Sozialsysteme leiden?

Stübgen: Der Missbrauch des Sozialsystems ist schon jetzt illegal und kann von jedem Mitgliedstaat mit rechtlichen Mitteln bekämpft werden. Neu ist bei der „Notbremse“, dass es um Sozialansprüche geht, die für sich rechtmäßig sind, aber ein solches Ausmaß erreichen, dass das Sozialsystem, der Arbeitsmarkt oder das Funktionieren des öffentlichen Dienstes eines Mitgliedstaates gefährdet werden. In diesen Fällen sollen die Sozialleistungen befristet ausgesetzt werden können. Nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs ist die „Notbremse“ nicht auf

einen oder mehrere Mitgliedstaaten beschränkt und könnte demnach im Notfall auch von Deutschland aktiviert werden. Die genauen Voraussetzungen für die „Notbremse“ müssen allerdings in den anstehenden Beratungen zur Änderung der Verordnung 492/2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der EU noch festgelegt werden. Erst danach wird sich klarer abschätzen lassen, unter welchen Bedingungen welche Mitgliedstaaten eine solche „Notbremse“ ziehen können.

„Niemanden zu Integrations-schritten zwingen“

Großbritannien lehnt das Ziel einer „immer engeren Union“ ab und muss nun bei weiteren Integrations-schritten nicht mehr mitmachen. Nähern wir uns nun dem Bild einer EU der konzentrischen Kreise?

Stübgen: Wir bewegen uns auf ein Europa mit dauerhaft unterschiedlichen Integrationsintensitäten zu. Der Weg von einer Integrationsstufe zur nächsten muss aber auch in Zukunft allen EU-Staaten, die mitmachen wollen und die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, offen stehen. Wenn es Europa gelingt, Vertrauen zurückzugewinnen, indem der Schutz der Schengen-Außengrenzen wieder gesichert und die Wirtschafts- und Währungsunion stabilisiert wird, werden wieder mehr EU-Mitgliedstaaten bereit sein, Integrations-schritte nachzuvollziehen. Es wäre aber verfehlt, Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der „immer engeren Union“ zum Mitmachen zwingen zu wollen.

Übergriffe gegen Asylbewerber scharf verurteilt

Debatte im Bundestag zu den Vorfällen in Clausnitz und Bautzen – „Null Toleranz“ für die Täter



picture alliance / dpa

Spontandemonstration gegen den Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Bautzen

Politiker aller Fraktionen im Bundestag haben die jüngsten Übergriffe gegen Asylbewerber und ihre Unterkünfte in Clausnitz und Bautzen auf das Schärfste verurteilt. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Krings, sagte in der vereinbarten Debatte am Mittwoch: „Wir werden nicht zulassen, dass Menschen, die hier Schutz suchen, gefährdet oder bedrängt werden.“ Politiker der Unionsfraktion nannten die Vorfälle unerträglich und riefen die Bürger auf, der Gewalt mit Argumenten entgegenzutreten.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer sagte: „Hier ist die gesamte Zivilgesellschaft, hier ist jeder einzelne gefordert.“ Auch die Politik müsse in dieser Frage zusammenhalten und dürfe sich nicht im parteitaktischen Kleinklein verheddern. Für eine konsequente Verfolgung der Straftaten und eine schnelle Bestrafung der Täter sprachen sich alle Redner der Unionsfraktion aus. „Den Tätern begegnen wir mit Null Toleranz“, sagte Krings.

In Clausnitz in Sachsen hatte in der vergangenen Woche ein grölender und pöbelnder Mob einen Bus mit Asylbewerbern belagert und so versucht zu verhindern, dass die Men-

schen in die für sie vorgesehene Unterkunft gebracht werden. In Bautzen, ebenfalls Sachsen, hatten Schaulustige einen Brand in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft bejubelt und dabei die Feuerwehr behindert. Der sächsische CDU-Abgeordnete Günter Baumann erklärte im Bundestag: „Das ist nicht unser Sachsen.“ Sein Land entschuldigte sich bei den Asylbewerbern und bei den ehrenamtlichen Helfern. „Es gibt auch in Sachsen eine Willkommenskultur“, betonte er.

„Das ist nicht unser Sachsen“

Angesichts der Tatsache, dass sich gerade in Sachsen die Übergriffe gegen Asylbewerber und ihre Unterkünfte häufen, forderte Baumann Ursachenforschung. Man müsse überlegen, ob es mehr Programme zur Demokratieförderung, zur Prävention und Intervention brauche oder ob man die politische Bildung an den Schulen ausbauen müsse. Der CDU-Innenpolitiker Marian Wendt vermutete als eine Ursache, dass sich eine Vielzahl an Bürgern als Verlierer der Wiedervereinigung fühle. Eine andere Ursache

könnte sein, dass gerade in ländlichen Gebieten der gesellschaftliche Gegendruck, die bürgerliche Mitte fehle. Krings machte „in manchen östlichen Regionen die Spätfolgen repressiver Abschottung“ aus. Die CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz betonte jedoch: „Wir reden über ein deutsches und kein rein sächsisches Problem.“

Parole „Wir sind das Volk“ wird missbraucht

Empört zeigten sich die Unionspolitiker darüber, dass der rechtsradikale Mob die Parole „Wir sind das Volk“ missbraucht, mit dem die Menschen in der DDR ihren Ruf nach Demokratie untermauerten. Dieser Ruf „hatte damals einen anderen Klang und einen anderen Geist“, sagte Kretschmer. Falsch und verlogen nannte auch Krings die zweckentfremdete Parole. „Wir wissen, dass sich hier nicht das Volk äußert“, erklärte er.

Alle Redner der Unionsfraktion würdigten die Leistungen der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer, der Polizisten und Feuerwehrleute im Einsatz zum Schutz und zur Integration der Flüchtlinge. Kretschmer forderte eine Strafrechtsänderung, um Angriffe auf Rettungsdienste stärker ahnden zu können. „Wer die Feuerwehr behindert, ist selbst ein Brandstifter“, sagte er.

„Wir brauchen einen Cyber-Schutzschirm“

Henning Otte über Bedrohungen aus dem Netz und Herausforderungen für die Bundeswehr



Foto: Laurence Chaperon

Henning Otte

Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat in einer öffentlichen Anhörung am Montag über die Rolle der Bundeswehr im sogenannten Cyber-Raum beraten. Bei der Anhörung ging es vor allem um ethische Aspekte und rechtliche Fragen, aber auch um technische und persönliche Herausforderungen für die Bundeswehr. „Fraktion direkt“ sprach mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Henning Otte, über Cyber-Bedrohungen.

Herr Otte, warum wird das Thema Cyber-Bedrohungen auch für die Bundeswehr immer wichtiger?

Otte: Immer mehr unserer Lebensbereiche sind von Informationstechnologien durchsetzt. Intelligente Stromnetze ermöglichen die Energiewende, Big-Data-Anwendungen verbessern die Verkehrssteuerung, und smarte Fabriken fertigen individuellere Produkte. Für die Gesellschaft werden damit bisher ungekannte Mengen an Informationen erschlossen, die Effizienz in der Arbeitswelt wird erhöht und die Lebensqualität des Einzelnen verbessert sich. Analog dazu wird sich die Verteidigungspolitik darauf

einstellen müssen, mit den neuen Chancen, aber auch mit den Risiken dieser technologischen Revolution umzugehen.

Sie sprechen von „Sicherheitspolitik 4.0“; was verstehen Sie darunter?

Otte: In der Wirtschaft beschreibt der Begriff „Industrie 4.0“ die sich abzeichnende Vernetzung der Industrie über die gesamte Wertschöpfungskette. Mit „Sicherheitspolitik 4.0“ beschreibe ich, dass zukünftig ganze Einsatzräume digital abgebildet sein werden. Die Streitkräfte, ihre Ausrüstung und ihre Arbeitsweisen werden sich dadurch dramatisch verändern. Die heimische Industrie, die unsere Streitkräfte beliefert, wird diese neuen Systeme nicht nur herstellen können müssen. Auch die Vernetzung zwischen den Streitkräften und der Industrie wird sich vertiefen. Über alles muss sich ein leistungsfähiger Schutzschirm der Cyber-Sicherheit wölben. Denn wer digital vernetzt ist, ist auf diesem Wege auch angreifbar. Ein Zurück in die Zeit vor der Vernetzung wird aber keine Option mehr sein.

Was gehört für Sie zwingend zu einer Cyber-Strategie?

Otte: Vor allem müssen wir Menschen mit den passenden Fähigkeiten für uns gewinnen, manchmal in Kooperation, oft aber auch im Wettbewerb mit der Wirtschaft. In der Bundeswehr brauchen wir die richtige Struktur, vielleicht sogar eine eigene Teilstreitkraft. Mit der „Strategischen Leitlinie für Cyber-Verteidigung“ hat das Verteidigungsministerium bereits erste Grundlagen geschaffen. Langfristig werden außerdem Dinge, die wir heute noch gar nicht absehen können, einer weiteren Regulierung bedürfen.

Wie sähe ein Cyber-Angriff aus und welche Folgen könnte er haben? Können Sie uns ein Beispiel geben?

Otte: Der Stuxnet-Angriff auf die Atomanlagen im Iran hat gezeigt, welche Folgen eine Schadsoftware anrichten kann. Übertragen heißt das: Mit einem Angriff auf kritische Infrastrukturen einer Gesellschaft könnten ganze Städte lahmgelegt werden. Militärisch gesehen hat ein komplexer Cyber-Angriff das Potenzial, die Verteidigungsfähigkeit einer modernen Armee als Ganzes auszuschalten. Das gibt der Thematik strategische Relevanz – und zwingt uns zum Handeln. Wir müssen uns gegen alle möglichen Formen von Cyber-Bedrohungen schützen. Denn die kleinste Lücke im System kann große Folgen für die Sicherheit Deutschlands haben.

Wie könnten militärische Konflikte und Cyber-War ineinandergreifen?

Otte: Bereits heute wird jede militärische Auseinandersetzung von Cyber-Maßnahmen begleitet. Cyber-War ist ein zentrales Element der sogenannten hybriden Kriegsführung, wie wir sie im Russland-Ukraine-Konflikt sehen. Hier wird eine konventionelle Bedrohung mit Aktivitäten von irregulären Kämpfern, Propaganda in den Medien und im Netz sowie nachrichtendienstlichen Mitteln kombiniert. Cyber-Angriffe sind hier typischerweise ein Mittel, um den Gegner zu destabilisieren. Bei diesen unklaren Angriffen ist es schwer, zielgerichtet und angemessen zu reagieren. Beim zurückliegenden Hackerangriff auf das Netz des Bundestages haben wir eine Kostprobe von dieser Methode bekommen.

Landwirtschaft und Naturschutz im Miteinander

Fachgespräch der Unionsfraktion zu Artenschutz und Biodiversität

Erfolgreicher Artenschutz und der Erhalt der Artenvielfalt gelingen nur im gesellschaftlichen Miteinander. Dies ist das Ergebnis eines Fachgesprächs zur Biodiversität der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein machte klar, dass die gerade zwischen Naturschutz und Landwirtschaft auftretenden Interessenkonflikte nur gelöst werden können, wenn „Win-win-Situationen“ geschaffen werden: „Wenn wir wollen, dass unsere Landwirte noch mehr für den Artenschutz tun, dann müssen wir sie dabei unterstützen und entsprechende wirtschaftliche Anreize setzen“, sagte Nüßlein.

Daniel Wolf, der für das Bundesamt für Naturschutz den Artenschutz-Report 2015 koordiniert hat, präsentierte Besorgnis erregende Befunde. Demnach ist ein Drittel der auf Roten Listen erfassten Arten im Bestand gefährdet. Als Konsequenz daraus forderte Wolf eine stärkere Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Till Hopf, Naturschutzreferent beim Naturschutzbund Deutschlands (NABU), berichtete von einem massiven Rückgang des Insektenaufkommens, der in einer Langzeitstudie in Nordrhein-Westfalen festgestellt wurde.

„Wir brauchen mehr Dauergrünland“

Heinz Litzbarski, Vorsitzender des Fördervereins Großtrappenschutz aus Brandenburg und seit Jahrzehnten aktiver Artenschützer formulierte folgende Erwartungen an die Politik: „Wir brauchen mehr Dauergrünland und weniger Grünlandumbruch, weniger Düngung und einen besseren Moorschutz.“ Außerdem sprach er sich für eine effektive Bejagung des Raubwildes aus, ohne die seiner Meinung nach kein Artenschutz in der Agrarfläche möglich ist.



Foto: Steven Rösler

Georg Nüßlein und Marie-Luise Dött beim Fachgespräch Artenschutz und Biodiversität

Christian Konrad, Bürgermeister der Stadt Leipheim in Bayern und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoos, berichtete vom erfolgreichen Projekt der Wiedervernässung der Moorlandschaft in seiner Heimat. Er stellte die Bedeutung des Moorschutzes für den Klimaschutz heraus: „Wenn wir hier erfolgreich sein wollen, brauchen wir die aktive Mitarbeit unserer Landwirte. Die kriegen wir aber nur, wenn wir sie für ihre gesellschaftliche Leistung angemessen honorieren“, erklärte Konrad.

Schöpfung bewahren

Die Leistungen der Jagd für den Artenschutz stellte Hartwig Fischer, Präsident des Deutschen Jagdverbandes, heraus. Clemens Neumann, Abteilungsleiter aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium, sah im Vertragsnaturschutz ein vor Ort sehr gut funktionierendes Instrument. Seine Kollegin aus dem Bundesumweltministerium, Abteilungsleiterin Elsa Nickel, betonte, dass bei der Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie schon einiges erreicht worden sei, aber nach wie vor erheblicher Handlungsdruck bestehe. Diana Pretzell von der Umweltorganisation

WWF verlangte, die Ursachen des Verlusts an Artenvielfalt entschiedener anzugehen. Von „Agrarumweltschutzprogrammen“ und daraus entstehenden Synergien berichtete Hartmut Schwarze, Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft. Für den Aufbau eines flächendeckenden Monitorings über die Entwicklung des Insektenbestandes will sich Klaus-Peter Schulze, Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für den Artenschutz, einsetzen. Wichtige Impulse für den Naturschutz könnten auch von der Bundeskompensationsverordnung ausgehen, meinte er. Leider würde diese bislang im Bundesrat blockiert.

Die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Marie-Luise Dött, verwies abschließend darauf, dass die Bewahrung der Schöpfung ein Kernelement der Programmatik von CDU und CSU sei. Die Veranstaltung habe viele Herausforderungen aufgezeigt, aber auch Erfolge verdeutlicht: „Aus diesen Erfolgen müssen wir Motivation schöpfen.“ Viele Nutzungskonflikte seien nicht mit einem „Entweder-oder“ zu lösen. Es gehe darum, sinnvolle Anreize für ein „biodiversitätsgerechteres Verhalten“ zu setzen.

Gespräche mit Überlebenden der Schoah

Gruppe der Frauen in Israel

71 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es immer weniger Menschen, die das Grauen des Holocaust am eigenen Leib erfahren haben. 190.000 von ihnen leben hochbetagt in Israel – viele unterhalb der Armutsgrenze. Eine 14-köpfige Delegation der Gruppe der Frauen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion reiste Anfang des Monats nach Israel, um Überlebende zu besuchen und mit ihnen über ihre Lage zu sprechen. Auf dem Besuchsprogramm standen aber auch aktuelle Themen, so die politische Lage und die Situation der Frauen in Israel.

Die Begegnungen mit den Überlebenden der Schoah hatte die Jewish Claims Conference vermittelt. Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Karin Maag, sprach von einprägsamen Gesprächen: „Berührend war insbesondere, dass wir unsere Gesprächspartner in deren Wohnungen besuchen konnten.“ Zuvor hatte die Delegation die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem besucht. Beeindruckt zeigte sich die Gruppe davon, dass es der Gedenkstätte gelungen ist, über viereinhalb Millionen Namen von Holocaust-Opfern zu ermitteln. Damit konterkariert Yad Vashem den verbrecherischen Plan der Nationalsozialisten, nicht nur die Existenz von sechs Millionen Kindern, Frauen und Männern auszulöschen, sondern auch deren Identität zu vernichten.

Lage der Frauen in Israel diskutiert

Die Delegation der Gruppe der Frauen führte darüber hinaus Gespräche im israelischen Parlament, der Knesset, sowie im Wirtschaftsministerium. Im



Karin Maag und Claudia Lücking-Michel von der Gruppe der Frauen bei einer Zeremonie in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem

Foto: Jewish Claims Conference

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 16. März 2016 Kongress „Afrika“
- 11. April 2016 Kongress zur Lage der Christen im Nahen Osten

Mittelpunkt dieser Unterredungen standen die Beschäftigungslage der Frauen, die Entgeltgleichheit sowie die ungleichen Chancen von arabischen und ultraorthodoxen Frauen. Die Delegation tauschte sich mit weiblichen Abgeordneten, Start-Up-Unternehmerinnen und jungen Frauen aus der Likud-Partei aus. Mit ihnen diskutierte sie über Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland und Israel. Mit Oberst a.D. Avital Leibovich, Leiterin des American Jewish Comitee Jerusalems, sprach sie über die Rolle der Frauen in den israelischen Streitkräften.

Schließlich besuchte die Delegation das Flüchtlingslager Jalazone in Ramallah im Westjordanland, wo sie Vertreterinnen des Schülerinnenpar-

laments der Mädchenschule begrüßte, die von ihren Alltagssorgen und Zukunftswünschen berichteten. Gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah führte die Delegation auch Gespräche mit der christlich-arabischen Politikerin Hanan Ashrawi und weiteren Vertreterinnen der palästinensischen Autonomiegebiete. Karin Maag erklärte, dass der Delegation in durchaus strittigen Äußerungen vor Augen geführt wurde, wie verfahren die Situation im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern sei. Wichtig war es der Gruppe der Frauen schließlich, sich auch bei der christlichen Friedensaktivistin Sumaya Farhat-Naser über die Lage der religiösen Minderheiten zu informieren.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt